

Das Global Forum on Migration and Development (GFMD) 2017:

## MIGRATION RECHTEBASIIERT & ENTWICKLUNGSORIENTIERT GESTALTEN

### Forderungen der deutschen Zivilgesellschaft an die Bundesregierung



Anwältinnen ohne Grenzen e.V.  
Deutschland



agisra

Arbeitsgemeinschaft gegen internationale  
sexuelle und rassistische Ausbeutung e. V.



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Immigrantenverbände  
in Deutschland



Bundesnetzwerk  
Bürgerschaftliches  
Engagement



Dachverband der  
Migrantinnenorganisationen



Kamerun4AfrikaClub e.V.  
Einmal Zukunft, bitte!



KURDISCHE GEMEINDE DEUTSCHLAND  
CIVAKA KURD LI ALMANYA



MEDIBÜRO KIEL  
MEDIZINISCHE HILFE FÜR  
MENSCHEN OHNE PAPIERE



Migration-Entwicklung-Partizipation



Network African Rural and Urban Development e.V.



Netzwerk  
politik|atelier e.V.



Zentralrat der Serben  
in Deutschland  
Централни савет Срба  
у Немачкој

ZSD

## VORWORT

Gemeinsam mit Marokko hat Deutschland für 2017 und 2018 den Vorsitz des *Global Forum on Migration and Development* (GFMD) übernommen. Der Vorsitz fällt in eine Zeit des erstarkenden Nationalismus und Rechtspopulismus, deren Unterstützer\_innen Ängste und Ressentiments vor Migration in der Öffentlichkeit bewusst schüren und diese für sich instrumentalisieren. Zugleich setzt sich aber in der Fachdiskussion die Einsicht durch, dass Migration mit weitreichenden Entwicklungschancen verbunden ist – nicht nur für die Migrierenden und ihre Herkunftsgesellschaften, sondern auch für die Zielländer von Migration. Zudem wird Migration zunehmend als globales Phänomen anerkannt, das international diskutiert und gestaltet werden muss. Nach wie vor mangelt es im Bereich Migrationspolitik jedoch an internationalen Governance-Strukturen.

Das GFMD ist 2006 aus dem ersten hochrangigen Dialog zu Migration und Entwicklung der Vereinten Nationen (VN) hervorgegangen und dient dem regelmäßigen informellen Austausch zwischen den Akteur\_innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft weltweit. Auch soll es dazu genutzt werden, an den migrationspolitisch relevan-

ten Prozessen auf internationaler Ebene aktiv mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der bislang fehlenden Unterstützung für internationale Rechtsnormen im Umgang mit Migration sehen wir als deutsche Zivilgesellschaft im GFMD eine wichtige Dialogplattform auf dem Weg zur Realisierung von verbindlicheren Politikansätzen und Konzepten auf globaler Ebene. Bei der Integration des Themas Migration in die Agenda 2030 hat das GFMD bereits eine wichtige Rolle gespielt. Nun geht es neben der Konkretisierung und Umsetzung der migrationspezifischen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals / SDG 8.8. und 10.7*) vor allem um die Erarbeitung des *Global Compact on safe, orderly and regular Migration*, den die internationale Staatengemeinschaft 2018 verabschieden möchte. Auch kann das GFMD aus unserer Sicht dazu beitragen, ein positives Verständnis von Migration nach außen zu tragen.

Mit der Übernahme des Ko-Vorsitzes demonstriert die Bundesregierung ihre Bereitschaft, sich in die internationale Debatte federführend einzubringen. Wir begrüßen dieses Engagement. Zugleich sehen wir folgenden Handlungsbedarf.

### VENRO-Projekt zur Stärkung der deutschen Zivilgesellschaft im Zuge des GFMD-Prozesses

Das vorliegende Papier ist das Ergebnis eines breiten Konsultationsprozesses der deutschen Zivilgesellschaft im Bereich Migration und Entwicklung. Der Prozess wurde von VENRO koordiniert und ist ein zentraler Bestandteil des VENRO-Projekts zur Stärkung der deutschen Zivilgesellschaft im Rahmen des GFMD.

Das Projekt wird von der Robert Bosch Stiftung unterstützt und begleitet und läuft von Januar bis Juli 2017. In dieser Zeit werden verschiedene Maßnahmen umgesetzt, die der zivilgesellschaftlichen Vernetzung, dem gemeinsamen Setzen

von Schwerpunkten und der Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf GFMD-Themen dienen. Der Verband fungiert darüber hinaus als Kontaktstelle für die internationale Zivilgesellschaft. Auf diese Weise werden die GFMD-Prozesse auf den verschiedenen Ebenen miteinander verknüpft. Es ist geplant, den Prozess bis zum GFMD in Marokko 2018 fortzuführen.

► **Weitere Informationen zum Projekt können der [Projektseite](#) der VENRO-Homepage entnommen werden.**

# MIGRATION RECHTEBASIERT UND ENTWICKLUNGSORIENTIERT GESTALTEN

Migration ist gesellschaftliche Normalität und kann ein wichtiger Faktor menschlicher Entwicklung sein, oft findet sie jedoch unter äußerst prekären Bedingungen statt. Migrantinnen und Migranten sind häufig schutzlos gegen Benachteiligung, Ausbeutung, Diskriminierung oder gewaltsame Übergriffe.

## ► Für eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik. Sie muss die entsprechenden Rahmenbedingungen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern legen und den Migrierenden den Zugang zu ihren Rechten sowie Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten garantieren – unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunft. Gerade auch im Rahmen der GFMD-Diskussionen sollte diese Zielrichtung handlungsleitend sein.

## ► Vermittlung eines positiven, entwicklungsorientierten Migrationsverständnisses

Migrationspolitik sollte nicht dominiert von sicherheits- und innenpolitischen Interessen oder gar als Reflex auf das Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Bewegungen betrieben werden. Migration gehört zur Geschichte und Zukunft der Menschheit. Sie ist weder Verbrechen noch ein Problem – vielmehr hat sie das Potenzial zur Entwicklung beizutragen. Wird reguläre Mobilität ermöglicht und mit entwicklungspolitischen Maßnahmen flankiert, können zahlreiche Entwicklungspotenziale, die in Diversität und grenzüberschreitender Mobilität liegen, genutzt werden. Migration ist zudem ein wichtiges Instrument des internationalen sozialen Ausgleichs. Wir fordern die Bundesregierung deshalb dazu auf, die Berliner GFMD-Konferenz 2017 ganz bewusst dafür zu nutzen, die vielfältigen positiven Wirkungen, die Migration auf die Entwicklung sowohl der Herkunftsgesellschaften als auch der Zielländer haben kann, stärker in die Öffentlichkeit zu tragen.

## ► Reguläre Migrationsmöglichkeiten ausbauen

Wir sehen den dringenden Bedarf, deutlich mehr reguläre Migrationsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei darf es nicht nur um die wirtschaftlichen Interessen der Aufnahmeländer und der dortigen Unternehmen gehen. Die Interessen der Herkunftsgesellschaften im Rahmen von Anwerbepraktiken sowie die Rechte der Migrant\_innen müssen ebenso ernst genommen und berücksichtigt werden. Das bedeutet auch, dass zusätzliche Migrationsmöglichkeiten für Menschen mit geringeren Qualifikationen geschaffen werden müssen und dass das Recht auf Familiennachzug für Arbeitsmigrant\_innen gestärkt wird.

Im Kontext von Arbeitsmigration besteht ein großer Handlungsbedarf, die Portabilität von Sozialversicherungen und die Anerkennung von Qualifikationen zu erleichtern. Auch müssen private Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden, dafür Sorge zu tragen, dass in ihren Betrieben sowie innerhalb ihrer Zulieferketten Arbeitsstandards und Arbeitnehmerrechte eingehalten werden. Diese Verantwortung muss sich auch auf den Bereich der Rekrutierung der von ihnen beschäftigten Arbeitsmigrant\_innen erstrecken. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen hier nicht ausreichen.

Mit den binationalen Berufsbildungspartnerschaften, den *Global Skill Partnerships*, die beim GFMD in Berlin Thema sein werden, besteht eine Initiative, die dazu beitragen kann, reguläre Migrationswege auszubauen. Dabei ist zu beachten, dass Partnerschaftsmodelle so angelegt sein müssen, dass die Interessen und Rechte der Arbeitsmigrant\_innen ausreichend Beachtung finden.

## ► Schutz und Rechte für undokumentierte Migrant\_innen verbessern

Beim GFMD in Berlin soll es vorrangig um reguläre Migration gehen. Doch selbst bei einer deutlichen Ausweitung regulärer Migrationswege wird es weiterhin Migrant\_innen geben, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen außerhalb dieser Regelungen bewegen und über Einreise, Aufenthalt oder Beschäftigung in einen undokumentierten Status geraten. Auch für sie müssen ein angemessener Schutz und Rechte garantiert sein. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf. Dies muss im Rahmen der GFMD-Konferenz entsprechend berücksichtigt werden.

## ► Ratifizierung der bestehenden Konventionen zum Schutz von Migrant\_innen

Mit der UN-Wanderarbeitnehmerkonvention und entsprechenden Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization / ILO) gibt es bereits konkrete rechtliche Rahmenwerke zum Schutz von Migrant\_innen und ihrer Familienangehörigen. Die Mehrzahl der klassischen Zielländer hat ihre Ratifizierung jedoch bislang verweigert. Auch Deutschland muss der Ratifizierung der UN-Konvention und migrationsrelevanter ILO-Konventionen noch zustimmen. Hierzu gehören unter anderem das Übereinkommen über Missbräuche bei Wanderungen und die Förderung der Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Wanderarbeitnehmer\_innen von 1975 (Nr. C143) und das Übereinkommen über private Arbeitsvermittler\_innen von 1997 (C181).

▶ **Keine Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit**

Durch ein Zusammenwirken mit anderen politischen Handlungsfeldern kann Entwicklungszusammenarbeit Ursachen für erzwungene Migration und Flucht mindern und so einen Beitrag dazu leisten, dass Migration das Ergebnis selbstbestimmter Entscheidungen ist. Entwicklungszusammenarbeit darf nicht als Instrument genutzt werden,

Herkunfts- und Transitländer zu einem Migrationsmanagement zu bewegen, das vorrangig auf eine Begrenzung oder Eindämmung von Migration in die EU abzielt und mit nachhaltiger Entwicklung nicht vereinbar ist. Eine Konditionalisierung der Entwicklungsgelder in diesem Sinne steht im Widerspruch zu dem, was sich das GFMD zur Aufgabe gemacht hat, nämlich die positiven Wechselwirkungen von Migration und Entwicklung zu stärken.

## WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF, ALS KO-VORSITZENDE IM RAHMEN DES GFMD

- ▶ ein deutliches Zeichen gegen Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen und ein positives Migrationsverständnis nach außen zu kommunizieren,
- ▶ sich klar von einer Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zur Durchsetzung eines restriktiven Migrationsmanagements zu distanzieren,
- ▶ sich für eine Migrationspolitik einzusetzen, die an den Rechten regulärer und undokumentierter Migrant\_innen orientiert ist und deren Teilhabe sowie Mitbestimmung ermöglicht – dazu gehört auch die Ratifizierung der UN-Wanderarbeitnehmerkonvention sowie entsprechender ILO-Konventionen,
- ▶ dafür einzutreten, dass deutlich mehr reguläre Migrationswege geschaffen werden, die am Bedarf aller Beteiligten orientiert sind, darunter auch Familienangehörige und Menschen mit geringeren Qualifikationen.

## MIGRATIONSSPEZIFISCHE ZIELE DER AGENDA 2030 VORAN BRINGEN

Die von den VN beschlossenen Ziele für Nachhaltige Entwicklung sind bereits in ihrer Gesamtheit migrationspolitisch von zentraler Bedeutung, können sie doch dazu beitragen, dass Migration das Ergebnis freier Entscheidungen ist und nicht Folge mangelhafter Lebens- und Entwicklungsperspektiven.

Die migrationspolitischen Agenda-Ziele 8.8 und 10.7 sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung der internationalen Verantwortung in Fragen der Migration. Die Mitgliedsstaaten der VN haben sich damit konkret zu folgenden Zielen bekannt:

- SDG 8.8: Die Arbeitsrechte schützen und sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer\_innen, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen fördern.
- SDG 10.7: Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik.

Die zum Teil vagen Zielformulierungen gilt es, durch geeignete Indikatoren mit Inhalt zu füllen. Hierbei fordern wir eine stärkere rechthebasierte Ausrichtung der Operationalisierung.

Das GFMD sollte einen konkreten Beitrag zu einer menschenrechtsbasierten Umsetzung und Weiterentwicklung der migrationspolitischen Agenda-Ziele leisten. Wir begrüßen daher, dass im aktuellen GFMD-Konzept ein Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Implementierung dieser Ziele vorgesehen ist. Für die Zukunft halten wir es für sinnvoll, eine regelmäßige Berichterstattung über den Fortschritt der Umsetzung beim GFMD-Prozess zu etablieren. Da die Zivilgesellschaft in die Umsetzung der Agenda 2030 ebenfalls eingebunden ist, sollte sie an diesen Prozessen direkt beteiligt werden.

## WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF, SICH ALS KO-VORSITZENDE DES GFMD ZU ENGAGIEREN FÜR

- ▶ eine rechtebasierte Konkretisierung und Umsetzung der migrationspezifischen Agenda-Ziele,
- ▶ die Etablierung einer regelmäßigen Berichterstattung über die Fortschritte dieser Ziele im Rahmen zukünftiger GFMD-Treffen – sowohl vonseiten der Regierungen als auch der Zivilgesellschaft,
- ▶ die Möglichkeit der Zivilgesellschaft, diese Berichterstattung zu kommentieren und korrektive Maßnahmen vorzuschlagen.

## DEN WEG FÜR EINEN EHRGEIZIGEN GLOBAL COMPACT ON MIGRATION BEREITEN

Im *Global Compact on safe, orderly and regular Migration* sehen wir die Chance, den Grundstein einer entwicklungsorientierten und menschenrechtsbasierten Migrationsgovernance auf internationaler Ebene zu legen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Einigung auf eine hohe Verbindlichkeit. Dazu müssen im *Global Compact* klare Ziele und Indikatoren benannt und eine regelmäßige Überprüfung der Umsetzung vorgeschrieben werden. Inhaltlich muss der *Compact* an der Agenda 2030 orientiert sein, an die bestehenden internationalen rechtlichen Rahmenwerke wie die UN-Wanderarbeitnehmerkonvention und entsprechenden ILO-Konventionen anschließen und bestehende Lücken dieser Rahmenwerke füllen.

Um zu einem gemeinsamen Verständnis über die Ausgestaltung und Reichweite des *Compact* zu kommen, ist es wichtig, sich im Rahmen des GFMD mit den Kernthemen des *Global Compact* wie Ursachen erzwungener Migration, strukturelle Rahmenbedingungen von Migration oder Schutz vor Diskriminierung und Gewalt auseinanderzusetzen.

## WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF, SICH FÜR EINEN EHRGEIZIGEN COMPACT EINZUSETZEN, DER

- ▶ eine hohe rechtliche Verbindlichkeit hat und eine entwicklungsorientierte sowie rechtebasierte Migrationspolitik auf globaler Ebene etablieren kann,
- ▶ klare, an der Agenda 2030 orientierte Ziele formuliert, konkrete Implementierungsmechanismen benennt und eine regelmäßige Überprüfung des Umsetzungsprozesses anhand messbarer Indikatoren vorschreibt,
- ▶ durch eine Anknüpfung an die UN-Wanderarbeitnehmerkonvention als auch an die entsprechenden ILO-Konventionen in bestehende internationale rechtliche Rahmenwerke eingebunden ist und zugleich die Lücken dieser Rahmenwerke füllt.

# FORTSETZUNG DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN PARTIZIPATION BEIM GFMD UND DARÜBER HINAUS

Im Rahmen des GFMD haben zivilgesellschaftliche Akteur\_innen nach wie vor kaum Zugang zu den Treffen der Regierungsvertreter\_innen an den Runden Tischen. Hier fordern wir mehr Möglichkeiten, sich als Zivilgesellschaft aktiv einbringen zu können. Die Beteiligung der Arbeitgeberseite am GFMD in Form eines *Business Mechanism* war aus unserer Sicht ein sinnvoller Schritt. Notwendig ist aber hierbei immer auch, eine angemessene Vertretung der Arbeitnehmerseite sicher zu stellen.

Um über das GFMD hinaus den *Global Compact* und die Agenda 2030 auf internationaler Ebene begleiten zu können, muss der Zugang für zivilgesellschaftliche Akteure auch hier gesichert sein.

Auf deutscher Ebene wollen wir den Austausch zu einer entwicklungsorientierten Migrationspolitik weiter fortsetzen. Dazu werden wir uns als Zivilgesellschaft über das GFMD in Marokko hinaus weiter vernetzen und in den Diskurs einbringen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass gerade auch migrantische Vereine deutlich stärker in entwicklungspolitische Prozesse eingebunden werden, um somit ihre vielfältigen Potenziale sowohl für Deutschland als auch für die Heimatländer weiter entfalten zu können. Der begonnene Dialog mit der Bundesregierung zu Migration und Entwicklung sollte weiter etabliert und unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch stärker ressortübergreifend im Rahmen eines kohärenten Gesamtregierungsansatzes ausgerichtet werden, also unter anderen auch das Innen-, das Wirtschafts- und das Arbeitsressort mit einbeziehen.

## WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF,

- ▶ sich im Rahmen ihres bis 2018 reichenden Ko-Vorsitzes des GFMD und auch darüber hinaus für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an den Runden Tischen einzusetzen,
- ▶ den Zugang zu weiteren internationalen Prozessen neben dem GFMD für zivilgesellschaftliche Akteure zu sichern,
- ▶ Arbeitsstrukturen in Deutschland zu etablieren, über die sich zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam mit verschiedenen Ressorts der Bundesregierung regelmäßig zur Ausgestaltung einer entwicklungsorientierten und rechtebasierten Migrations- und Integrationspolitik austauschen können.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

**Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.  
(VENRO)**

Stresemannstraße 72  
10963 Berlin

Telefon: 030 263 9299-10  
Fax: 030 263 9299-99  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
Internet: www.venro.org

**Redaktion:** Dr. Bernd Bornhorst, Anke Kurat,  
Astrid Müller, Dr. Klaus Seitz (VENRO),  
Nils Utermöhlen (Brot für die Welt)

**Endredaktion:** Steffen Heinzelmann

**Layout:** Daniela Rusch, dieprojektoren.de

Berlin, Juni 2017

Der Prozess der Koordinierung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in Vorbereitung des GFMD und die Erarbeitung dieses Papiers wurden unterstützt durch die

**Robert Bosch Stiftung**



# MITGLIEDSORGANISATIONEN

(Stand: Januar 2017)

## A

action medeor  
ADRA Deutschland  
Aktion Canchanabury  
AMICA  
Andheri-Hilfe Bonn  
Arbeiter-Samariter-Bund  
Deutschland  
Arbeitsgemeinschaft der  
Eine-Welt-Landesnetzwerke  
in Deutschland (agl)  
Arbeitsgemeinschaft  
Entwicklungsethnologie  
Arbeitsgemeinschaft für  
Entwicklungshilfe (AGEH)  
arche noVa  
Ärzte der Welt  
ASW – Aktionsgemeinschaft  
Solidarische Welt  
AT-Verband  
AWO International

## B

Behinderung und Entwicklungs-  
zusammenarbeit (bezev)  
BONO-Direkthilfe  
BORDA  
Brot für die Welt – Evangeli-  
scher Entwicklungsdienst  
Bund der Deutschen  
Katholischen Jugend (BDKJ)  
Bundesvereinigung Lebenshilfe

## C

CARE Deutschland-Luxemburg  
Caritas International  
Casa Alianza – Kinderhilfe  
Guatemala  
CHANGE  
ChildFund Deutschland  
Christliche Initiative Romero  
Christoffel-Blindenmission  
Deutschland

## D

Dachverband Entwicklungspoli-  
tik Baden-Württemberg (DEAB)  
Das Hunger Projekt  
DED-Freundeskreis\*  
Deutsche Entwicklungshilfe  
für soziales Wohnungs-  
und Siedlungswesen (DESWOS)  
Deutsche Kommission  
Justitia et Pax  
Deutsche Lepra- und  
Tuberkulosehilfe (DAHV)  
Deutsche Stiftung Weltbe-  
völkerung (DSW)  
Deutscher Paritätischer  
Wohlfahrtsverband

Deutsches Komitee  
Katastrophenvorsorge  
DGB-Bildungswerk BUND –  
Nord-Süd-Netz  
Difäm – Deutsches Institut  
für Ärztliche Mission  
Don Bosco Mondo  
DVV International – Institut  
für Internationale Zusammen-  
arbeit des Deutschen Volks-  
hochschul-Verbandes

## E

Eine Welt Netz NRW  
Eine Welt Netzwerk Hamburg  
EIRENE – Internationaler Christ-  
licher Friedensdienst  
EMA – Euro-Mediterranean  
Association for Cooperation  
and Development  
EPIZ – Entwicklungspolitisches  
Bildungszentrum Berlin  
Erlassjahr.de – Entwicklung  
braucht Entschuldung\*

Evangelische Akademien in  
Deutschland (EAD)

## F

Fairventures Worldwide  
FIAN Deutschland  
FUTURO Sí

## G

Gemeinschaft Sant'Egidio  
German Doctors  
German Toilet Organisation  
Germanwatch

## H

Habitat for Humanity  
Deutschland  
Handicap International  
Help – Hilfe zur Selbsthilfe  
HelpAge Deutschland  
Hilfswerk der Deutschen Lions  
Hoffnungszeichen /  
Sign of Hope  
humedica

## I

Indienhilfe  
INKOTA-netzwerk  
Internationaler Bund (IB)  
Internationaler Hilfsfonds  
International Justice Mission  
Deutschland  
Internationaler Ländlicher  
Entwicklungsdienst (ILD)

Internationaler Verband  
Westfälischer Kinderdörfer  
Islamic Relief Deutschland

## J

JAM Deutschland  
Jambo Bukoba  
Johanniter-Auslandshilfe

## K

KAIROS Europa  
Karl Kübel Stiftung für Kind  
und Familie  
KATE – Kontaktstelle für  
Umwelt und Entwicklung  
Kindernothilfe  
Kinderrechte Afrika

## L

Lateinamerika-Zentrum  
Lichtbrücke

## M

Malteser International  
Marie-Schlei-Verein  
matteredra – Stiftung  
Frau und Gesundheit  
medica mondiale  
medico international  
MISEREOR  
Missionsärztliches Institut  
Würzburg

## N

NETZ Bangladesch

## O

Ökumenische Initiative  
Eine Welt  
OIKOS EINE WELT  
Opportunity International  
Deutschland  
Ora International Deutschland  
OroVerde – Die Tropen-  
waldstiftung  
Oxfam Deutschland

## P

Plan International Deutschland

## R

Rhein-Donau-Stiftung

## S

SALEM International  
Samhathi – Hilfe für Indien

Save the Children Deutschland  
Senegalhilfe-Verein  
Senior Experten Service (SES)  
Society for International  
Development Chapter Bonn  
(SID)  
SODI – Solidaritätsdienst  
International  
Sozial- und Entwicklungshilfe  
des Kolpingwerkes (SEK)  
Stiftung Entwicklung und  
Frieden (SEF)  
Stiftung Nord-Süd-Brücken  
SÜDWIND – Institut für  
Ökonomie und Ökumene  
Susila Dharma – Soziale Dienste

## T

Terra Tech Förderprojekte  
TERRE DES FEMMES  
terre des hommes Deutschland  
Tierärzte ohne Grenzen  
TransFair

## V

Verband Entwicklungspolitik  
Niedersachsen (VEN)  
Verbund Entwicklungs-  
politischer Nichtregierungs-  
organisationen Brandenburgs  
(VENROB)

## W

W. P. Schmitz-Stiftung  
WEED – Weltwirtschaft,  
Ökologie & Entwicklung  
Weltfriedensdienst  
Weltgebetstag der Frauen –  
Deutsches Komitee  
Welthaus Bielefeld  
Welthungerhilfe  
Weltladen-Dachverband  
Weltnotwerk der KAB  
Deutschlands  
Werkhof Darmstadt  
Werkstatt Ökonomie  
World University Service  
World Vision Deutschland

## Z

Zukunftsstiftung Entwicklung  
bei der GLS Treuhand

\* Gastmitglied

**VENRO hat aktuell  
127 Mitglieder.**

**VENRO** ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 130 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

## **VENRO**

- ▶ vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- ▶ stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe
- ▶ vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- ▶ schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen**

[www.venro.org](http://www.venro.org)